

Der IGB begrüßt die Initiative des UN-Systems und die Einbeziehung der globalen Zivilgesellschaft in die Arbeit an der neuen UN-Entwicklungsagenda, die die Millenniums-Entwicklungsziele 2015 ablösen wird. Obwohl das MDG-Rahmenwerk zahlreiche Defizite hinsichtlich seiner Methode, Struktur, Inhalte und – wie sich im Laufe der Jahre herausgestellt hat – Effektivität aufweist, sind die Gewerkschaften überzeugt, dass eine gemeinsame globale Entwicklungsagenda, untermauert durch das UN-System, eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung und Koordination der weltweiten Bemühungen um die Förderung der menschlichen Entwicklung spielen kann. Der IGB und seine Mitgliedsorganisationen in aller Welt haben sich zu einem konkreten und repräsentativen Beitrag der Gewerkschaften zum Post-2015-Prozess verpflichtet und treten für die Berücksichtigung der Ziele menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz in der neuen Agenda ein.

Von MDGs zu einer umfassenden globalen Entwicklungsagenda

Die Millenniums-Entwicklungsziele haben dazu beigetragen, die weltweiten Entwicklungsbemühungen zu fokussieren und auf zahlreichen Gebieten beträchtliche Fortschritte erzielt. Sie haben es jedoch versäumt, einige der Schlüsselherausforderungen anzugehen, denen sich die Arbeitnehmer/innen und ihre Familien gegenübersehen. Das Ziel "produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen" wurde zu spät auf die Agenda gesetzt und nicht genügend beachtet und hervorgehoben. Es sind umfassende Maßnahmen erforderlich, um die Misserfolge zu überwinden und für die Gleichstellung der Geschlechter sowie für Frauenrechte zu sorgen. Die drei gesundheitsbezogenen MDGs, einschließlich der Zielvorgabe in Bezug auf HIV/Aids, bleiben nach wie vor alarmierend weit hinter den anvisierten Zielen zurück, und das Versprechen einer "allgemeinen Grundschulbildung" wurde nicht eingehalten.

Es bedarf eines neuen Modells, einer neuen auf der Achtung der Menschenrechte und der Prinzipien demokratischer Teilhabe und Führung basierenden Entwicklungsagenda, die für Gerechtigkeit, soziale Integration, menschenwürdige Arbeit, einen Strukturwandel sowie nachhaltige Existenzgrundlagen für erwerbstätige Menschen sorgt und gleichzeitig die Umwelt schützt. Die Post-2015-Agenda sollte die nachhaltigen Entwicklungsziele integrieren und globale, allgemeine Ziele festlegen, die in länderspezifische Ziele und Indikatoren übertragen würden, sowie auf Themen wie globale öffentliche Güter, globale Herausforderungen und globales Regierungshandeln eingehen.

Ziele, die in der Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 enthalten sein sollten

Ziel: Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle

Arbeit ist ein Schlüsselement der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und besserer Arbeitsbedingungen können sich die Menschen, Gemeinwesen und Länder selbst aus der Armut befreien und ihre Lebensumstände verbessern. Möglich ist dies aber nur, wenn es sich um menschenwürdige, produktive Arbeit mit gerechten Löhnen handelt, die durch Rechte untermauert wird. Das Ziel menschenwürdiger Arbeit muss konkrete Zielvorgaben für Vollbeschäftigung, die Förderung grüner Arbeitsplätze, internationale Arbeitnehmerrechte für alle Beschäftigten und die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz beinhalten. Die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit¹ ist ein nützlicher Bezugspunkt für das Verständnis menschenwürdiger Arbeit und ihrer Komponenten und liefert Indikatoren für die Bemessung der Fortschritte bei ihrer Verwirklichung.

Ziel: Sozialschutz für alle

Der universelle Zugang zu grundlegenden Sozialschutzgarantien ist ein Menschenrecht und eine direkte und effiziente Möglichkeit, um Ungleichheiten abzubauen. Die neue Agenda sollte eine Zielvorgabe für die Einführung eines sozialen Basisschutzes, wie im "Bachelet-Bericht"² definiert, sowie für die Umsetzung der IAO-Empfehlung 202 als auf nationaler Ebene anzuwendende internationale Norm beinhalten. In Bezug auf Einkommenssicherheit für Arbeitslose, Kranke, Behinderte, Schwangere, Kinder und ältere Menschen sowie für den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Obdach und sanitären Einrichtungen müssen Ziele festgelegt und erreicht werden. Obwohl der Sozialschutz nach wie vor in den Verantwortungsbereich der Regierungen fällt, sollte ein globaler Sozialschutzfonds eingerichtet werden, um in den ärmsten Ländern für sozialen Basisschutz zu sorgen bzw. den vorhandenen Schutz auszuweiten.

Was wir nicht akzeptieren können

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten: Der wichtigste und am meisten beunruhigende Trend ist die Zunahme der Ungleichheit. Die wirtschaftliche Ungleichheit ist sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene größer geworden, was in vielen Ländern zu sozialen Unruhen und zu sozialen Spannungen geführt hat. Ungleichheit ist ein Faktor, der zur Destabilisierung der Wirtschaft beiträgt und den Armutsabbau bremst³.

¹ Die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit ist ein umfassendes politisches Rahmenwerk, das auf vier strategischen Zielen basiert (mit der Gleichstellung der Geschlechter als übergreifendem Ziel): Schaffung von Arbeitsplätzen; garantierte Rechte bei der Arbeit; Ausweitung des sozialen Schutzes und Förderung des sozialen Dialogs. Ihre Umsetzung wird durch integrierte Länderprogramme für menschenwürdige Arbeit untermauert.

² *Social protection floor for a fair and inclusive globalization*, Bericht der Beratungsgruppe für sozialen Basisschutz, IAO, 2011

³ *Inequalities and the Post-2015 Development Agenda*, UNRISD, Oktober 2012

Armut: Trotz der auf globaler Ebene erzielten Fortschritte beim Armutsabbau gehen aktuelle Prognosen davon aus, dass rund 1 Milliarde Menschen auch im Jahr 2015 noch mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen werden müssen, selbst wenn die derzeitigen Fortschritte anhalten, was bedeutet, dass weltweit knapp 16% der Menschen von extremer Armut betroffen sind⁴. Das ist inakzeptabel.

Prekäre Arbeit und Arbeitsarmut: IAO-Statistiken zufolge lebten 2011 nach wie vor 456 Millionen Beschäftigte weltweit unterhalb der Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag. Weltweit gehen 1,52 Milliarden Menschen einer prekären Beschäftigung nach. Informelle Arbeitsbeziehungen nehmen sowohl in reichen als auch in armen Ländern zu und betreffen inzwischen etwa 40% der globalen Erwerbsbevölkerung, wobei Frauen und Jugendliche derartigen unsicheren und schlecht bezahlten Tätigkeiten häufiger nachgehen als der Rest der Erwerbsbevölkerung⁵.

Umweltzerstörung: Durch die Zerstörung der Umwelt werden Familien und Gemeinschaften von ihrem Land und ihren produktiven Existenzgrundlagen vertrieben. Der Klimawandel bedroht die Nachhaltigkeit des Planeten selbst. Schätzungen zufolge werden bis 2015 1,8 Milliarden Menschen unter Wasserknappheit zu leiden haben. 180 Millionen werden von Nahrungsmittelknappheit betroffen sein. Bis zum Jahr 2050 wird es 200 Millionen Klimamigranten geben. Außerdem werden wir bis 2050 50% mehr Nahrungsmittel, 45% mehr Energie und 30% mehr Wasser benötigen. Unser Planet und die Menschen sind in Gefahr⁶.

Weniger Spielraum für die Zivilgesellschaft: In vielen Ländern haben sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure in den letzten Jahren rechtliche und außerrechtliche Maßnahmen ergriffen bzw. versucht, zu ergreifen, um die Aktivitäten und den Einfluss der Zivilgesellschaft zu begrenzen, ein Verstoß gegen die bürgerlichen und politischen Rechte der Menschen. Die Mitwirkung der Zivilgesellschaft, einschließlich der Gewerkschaften, wird auch in zahlreichen politischen Prozessen auf globaler Ebene eingeschränkt, was dazu geführt hat, dass es ihnen nicht gelungen ist, angemessene, auf die Menschen ausgerichtete Antworten auf die derzeitigen globalen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Herausforderungen zu finden.⁷

Was wir brauchen

Eine inländische Beschäftigungs-, Einkommens- und Sozialpolitik: Inländische makroökonomische Maßnahmen, die menschenwürdige Vollbeschäftigung garantieren, sollten mit geeigneten einkommens- und sozialpolitischen Maßnahmen verknüpft werden, um wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten und Armut in wirksamer Weise zu bekämpfen.

Sozialschutz: Ein hochwertiger öffentlicher Dienst und Sozialschutz sind wesentliche Elemente sozialpolitischer Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und sozialem Ausschluss. Vor allem ist Sozialschutz aber ein Menschenrecht, und es ist Aufgabe und Pflicht der Regierungen, dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in den Genuss davon kommen.

Eine wirksame Steuerpolitik: Wirksame steuerpolitische Maßnahmen, einschließlich einer progressiven Einkommenssteuer und einer wirksamen Besteuerung inländischer, ausländischer und transnationaler Privatunternehmen, sind wichtig, um die Finanzierung des sozialen Basisschutzes, des Klimaschutzes und der Entwicklung sicherzustellen. Die Einführung von Finanztransaktionssteuern wird dafür sorgen, dass der Finanzsektor einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter und der Kosten von Finanzkrisen leistet.

Politikkohärenz im Hinblick auf die Entwicklung: Damit die Vision zur Realität wird, bedarf es eines kohärenten politischen Ansatzes sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene, einschließlich makroökonomischer Maßnahmen, Handels- und Investitionsabkommen, einer Migrationspolitik und damit zusammenhängender Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sämtliche Maßnahmen zur Verwirklichung der in der neuen Agenda enthaltenen Vision und Ziele beitragen.

Demokratische Teilhabe und ein positives Umfeld für die Zivilgesellschaft: Die Beteiligung der Zivilgesellschaft, einschließlich der Gewerkschaften, am sozialen Dialog und an Tarifverhandlungen ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern auch ein effizienter Mechanismus zum Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten sowie eine Vorbedingung für die Wirksamkeit, die Glaubwürdigkeit und die Nachhaltigkeit der Agenda insgesamt.

Fokussierung auf Menschenrechte und Wohlergehen für alle: Der Prozess für die Zeit nach 2015 muss zudem einen Übergang zu einer umfassenderen Messung der menschlichen und wirtschaftlichen Entwicklung beinhalten, bei der nicht nur das BIP berücksichtigt, sondern auch bewertet wird, ob es zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstands und Wohlergehens kommt, basierend auf den allgemeinen Menschenrechten.

Ökologische Nachhaltigkeit: Der Respekt ökologischer Grenzen ist unerlässlich, nicht nur für künftige Generationen, sondern auch für die Millionen Menschen, die von den aus der Umweltzerstörung und dem Klimawandel resultierenden unterschiedlichen Herausforderungen betroffen sind. Wir brauchen einen wirklichen Übergang zu einer grünen Wirtschaft, mit neuen, durch umweltfreundliche Investitionen geschaffenen menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Transformation Millionen anderer zu nachhaltigen Arbeitsplätzen.

Über den IGB

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) ist die wichtigste internationale Gewerkschaftsorganisation und vertritt die Interessen erwerbstätiger Menschen weltweit. Unsere Hauptaufgabe besteht in der Förderung und Verteidigung der Arbeitnehmerrechte und -interessen durch internationale Gewerkschaftszusammenarbeit, globale Kampagnen und Lobbyarbeit bei großen globalen Institutionen.

Der IGB vertritt 175 Millionen Arbeitnehmer/innen in 153 Ländern.

Kontakt

Internationaler Gewerkschaftsbund

Entwicklungszusammenarbeit & Bildung

Bvd du Roi Albert II 5, 1210 Brüssel, Belgien

E-Mail: dce@ituc-csi.org, Tel.: +32 2 224 0215

www.ituc-csi.org/post-2015-development-framework

⁴ *The Millennium Development Goals Report 2012*, Vereinte Nationen, September 2012

⁵ *Ibidem*

⁶ *Resilient People, Resilient Planet: A future worth choosing (Robuste Menschen – Robuster Planet: Für eine lebenswerte Zukunft)*, Vereinte Nationen, 2012

⁷ *State of civil society 2011*, CIVICUS, 2012